

Ressort: Technik

Europaparlamentarier für einheitliche Regeln gegen Hass im Netz

Straßburg, 29.08.2017, 05:00 Uhr

GDN - Europaabgeordnete von CDU und Grünen haben sich für europaweit einheitliche Regeln im Kampf gegen Hasskommentare in sozialen Medien ausgesprochen. "Wir benötigen ein effizientes System und eine ebenso effiziente Kontrolle, um Hassinhalte zu stoppen", sagte der rechtspolitische Sprecher der EVP-Fraktion im EU-Parlament, Axel Voss (CDU), dem "Handelsblatt".

Schön wäre es, wenn dies mit einer "freiwilligen Selbstkontrolle" bereits erreicht werden könne. "Wir kommen meines Erachtens jedoch um eine gesetzliche Regelung nicht umhin, insbesondere, da auch eine Abgrenzung zur Meinungsfreiheit gezogen werden muss", so Voss. Jan Philipp Albrecht, justizpolitischer Sprecher der Grünen-Europafraktion, plädierte ebenfalls für eine EU-weite gesetzliche Regelung. Internetplattformen müssten "durch Verpflichtungen abseits der eCommerce-Richtlinie in die Verantwortung genommen und gleichzeitig in die Kooperation mit den Behörden und mit der Justiz gebracht werden", sagte Albrecht dem "Handelsblatt". Das deutsche Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) könne hierfür allerdings kein Vorbild sein, so der Grünen-Politiker. Vielmehr müsse ein europäisches Gesetz "mit Blick auf rechtssichere Verfahren und Begriffe deutlich konkreter ausgestaltet werden". Nötig sei zudem ein einheitliches europaweites Vorgehen von Behörden. "In Zeiten grenzübergreifender Kommunikation und Meinungsäußerung muss es zumindest für den gemeinsamen EU-Markt auch einen gemeinsamen Rechtsrahmen für diese Fragen geben", sagte Albrecht. Am NetzDG bemängelt er, dass es eine ganze Reihe an unbestimmten Rechtsbegriffen mit sich bringe und starre Löschfristen für die Provider vorsehe. Beides zusammen sowie die fehlenden Ausführungen zum Rechtsschutz für diejenigen, die solche Inhalte betreffen, etwa Sender, Empfänger oder Dritte, führe dazu, dass im Zweifel viele Inhalte gelöscht werden, ohne dass dem eine rechtlich saubere Prüfung und ein rechtsstaatliches Verfahren zu Grunde liege. Albrecht merkte zudem an, dass mit der deutschen Regelung ein gesamtes Verfahren der Rechtsdurchsetzung in die Hände von Privaten ausgelagert werde. "Das darf in keinem Fall passieren und daher muss nun genau beachtet werden, wie diese Regeln in Deutschland angewendet werden", so der Grünen-Politiker.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-93881/europaparlamentarier-fuer-einheitliche-regeln-gegen-hass-im-netz.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619